



## Banken fürchten politische Einmischung

01.02.2010 - 09:40 Uhr, PwC PriceWaterhouseCoopers

Frankfurt am Main (ots) - PwC-Umfrage: Banker sehen staatliche Eingriffe und Überregulierung als Hauptrisiken im Jahr 2010 / Sorge vor Kreditausfällen bleibt hoch / Liquidität hat sich verbessert

Gut ein Jahr nach dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise hat sich die Stimmung in der Bankenwelt klar gegen eine weitere staatliche Einflussnahme gewendet. Wie aus einer gemeinsamen Umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) und des Centre for the Study of Financial Innovation (CSFI) hervor geht, gelten "Politische Interventionen" derzeit als Risikofaktor Nummer Eins. Auf dem zweiten Platz des "Banking-Banana-Skins-Index" folgen Kreditrisiken. Die Furcht vor Überregulierung steht auf Rang drei und damit noch vor der Sorge über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Der Index listet regelmäßig die aus Sicht von Bankern, Aufsichtsbehörden und Branchenbeobachtern größten Gefahren für die Bankenbranche auf.

"Die Befragten lehnen staatliche Interventionen in der Bankenbranche nicht rundweg ab. Aus Sicht vieler Banker ist die Haltung der Politik gegenüber dem Finanzsektor jedoch zu intransparent und teils auch widersprüchlich", erläutert Markus Burghardt, Leiter des Bereichs Financial Services bei PwC, die Umfrageergebnisse.

Konkret sehen viele Befragte einen Zielkonflikt zwischen der politischen Forderung nach einer Ausweitung der Kreditvergabe an Unternehmen und der angestrebten Stärkung des Eigenkapitals. Zudem kritisieren einige Banker, dass die unterschiedliche Haltung der Staaten zu Stützungskrediten und -bürgschaften den internationalen Wettbewerb in der Branche verzerrt.

Eng verknüpft mit der Sorge vor den Konsequenzen staatlicher Eingriffe ist das von den Befragten wahrgenommene Risiko der Überregulierung. "Hier dürften die anstehenden Änderungen bei der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS und US-GAAP sowie die geplanten Regelungen rund um die Eigenkapitalausstattung eine wesentliche Rolle spielen. Es ist daher eine vorrangige Aufgabe für Regulierungsbehörden und -gremien, bestehende Unsicherheiten möglichst schnell auszuräumen", erläutert Burkhard Eckes, Leiter des Bereichs Banking and Capital Markets bei PwC.

Die Risiken im Bankgeschäft insgesamt sind nach Einschätzung der Befragten derzeit so hoch wie noch nie. Gleichzeitig sind nur neun Prozent der Ansicht, dass die Banken gut auf die Gefahren vorbereitet sind, während elf Prozent den Instituten eine schwache Verfassung attestieren. In der letzten Umfrage von 2008 sahen noch 24 Prozent die Banken gut aufgestellt, lediglich vier Prozent waren gegenteiliger Auffassung.

Für den "Banking Banana Skins Index" befragten PwC und CSFI im November und Dezember 2009 über 440 Branchenexperten aus 49 Ländern. Gut 60 Prozent der Befragten sind Banker.

### Wachsende Sorge vor Kapitalknappheit

Bei den Risiken mit unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen für den Bankensektor stehen die Kreditrisiken wie schon in der Umfrage von 2008 auf dem zweiten Rang. "Nach Einschätzung einiger Befragter ist die Finanzkrise im Kreditgeschäft noch längst nicht vorbei. Insbesondere bei Immobilien- und Verbraucherkrediten befürchten viele Experten größere Zahlungsausfälle", so Burghardt.

Auch in den Kernbereichen des Bankgeschäfts deutet der Risikoindex nur auf eine Entspannung, nicht jedoch eine Entwarnung hin. So sackt die Furcht vor einer Liquiditätsklemme gegenüber der Umfrage von 2008 zwar vom ersten auf den fünften Rang ab. Jedoch taucht die "mangelnde Verfügbarkeit von Kapital" als Risiko erstmals im Ranking auf (Rang sechs).

Deutlich weniger Sorgen als 2008 machen sich die Befragten über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Aktivitäten von Hedge Fonds, die im Ranking von Platz 10 auf 18 gefallen sind. Auch das Schadensrisiko durch illegale bzw. nicht autorisierte Transaktionen einzelner Wertpapierhändler ("Rogue Trader") schätzen die Experten geringer ein (Rang 20) als noch vor zwei Jahren (Rang 14).

Rang im Jahr 2010	Risiko/Risikoquelle	Rang im Jahr 2008
1	Politische Interventionen	-
2	Kreditrisiken	2
3	Überregulierung	8
4	Makroökonomische Trends	5
5	Liquidität	1
6	Kapitalverfügbarkeit	-
7	Derivate	4
8	Qualität Risikomanagement	6
9	Zinsspannen	3
10	Aktienmärkte	7 Redaktionshinweis:

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist in Deutschland mit 9.000 Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen von rund 1,37 Milliarden Euro eine der führenden Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften. An 28 Standorten arbeiten Experten für nationale und internationale Mandanten jeder Größe. PwC bietet Dienstleistungen an in den Bereichen Wirtschaftsprüfung und prüfungsnahen Dienstleistungen (Assurance), Steuerberatung (Tax) sowie in den Bereichen Deals und Consulting (Advisory).

Weitere Informationen erhalten Sie bei:

Claudia Barbe  
PricewaterhouseCoopers AG WPG  
Presseabteilung  
Tel.: (069) 95 85 - 31 79  
E-Mail: [claudia.barbe@de.pwc.com](mailto:claudia.barbe@de.pwc.com)  
[www.pwc.de](http://www.pwc.de)

Originaltext: PwC PriceWaterhouseCoopers  
Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/8664/pwc-pricewaterhousecoopers>  
Pressemappe als RSS: [http://presseportal.de/rss/pm\\_8664.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_8664.rss2)